

Kocka, Jürgen

Book Review — Digitized Version

[Sammelrezension] Marxismus-Leninismus, marxistische Geschichtswissenschaft/DDR: Werner Berthold [u.a.] (Hrsg.): Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung : Handbuch. Köln: Pahl-Rugenstein, 1970. Walther Eckermann, Hubert Mohr (Hrsg.): Einführung in das Studium der Geschichte. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1969. Georg Klaus, Hans Schulze: Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte. Berlin: Dietz, 1967 [u.a.]

Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1973) : [Sammelrezension] Marxismus-Leninismus, marxistische Geschichtswissenschaft/DDR: Werner Berthold [u.a.] (Hrsg.): Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung : Handbuch. Köln: Pahl-Rugenstein, 1970. Walther Eckermann, Hubert Mohr (Hrsg.): Einführung in das Studium der Geschichte. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1969. Georg Klaus, Hans Schulze: Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte. Berlin: Dietz, 1967 [u.a.], Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium, ISSN 0340-2304, Klett, Stuttgart, Vol. 2, Iss. 2, pp. 39-44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112407>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

W. Berthold u. a. (Hrsg.): *Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch.* Köln 1970 (= Lizenzausg. v. „Unbewältigte Vergangenheit. Hb. zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung“, Berlin 1970).

W. Eckermann, H. Mohr (Hrsg.): *Einführung in das Studium der Geschichte.* 2. Aufl., Berlin 1969.

E. Engelberg: *Zu methodologischen Problemen der Periodisierung.* In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 19 (1971), S. 1219–1250.

G. Klaus, H. Schulze: *Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte.* Berlin 1967.

W. Küttler, G. Lozek: *Die historische Gesetzmäßigkeit der Gesellschaftsformationen als Dialektik von Ereignis, Struktur und Entwicklung.* In: *ZfG* 18 (1970), S. 1117–1145.

W. Schmidt: *Geschichtsbild und Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft.* In: *ZfG* 18 (1970), S. 149–162.

Auf vielen Gebieten hat die Geschichtsschreibung in der DDR während der letzten zehn Jahre deutliche Fortschritte erreicht. Gleichzeitig haben Interpretationen von DDR-Historikern in der BRD an Einfluß gewonnen. Allmähliche Veränderungen in der hiezulande herrschenden Haltung gegenüber dem ostdeutschen Staat, das wachsende Interesse am Marxismus verschiedener Prägung in Universitäten und Schulen, die stark vermehrte Nachfrage nach Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und die Anstöße durch die Arbeit linker politischer Gruppen haben diesen Prozeß gefördert. Diese doppelte Bedeutungszunahme marxistisch-leninistischer Geschichtsschreibung macht es um so dringlicher, ihre Grundvoraussetzungen, Ansprüche, Theorien und Funktionen zu begreifen.

I. Eine sehr brauchbare, relativ knappe und repräsentative Einführung in die Grundlinien marxistisch-leninistischer Geschichtswissenschaft bieten einige Kapitel des von den beiden Potsdamer Professoren W. Eckermann und H. Mohr herausgegebenen Handbuchs, das mit seiner Einführung in wissenschaftliches Arbeiten, in die Bedeutung der Nach-

barwissenschaften für Historiker, in die Archiv- und Bibliothekskunde, in die Hilfswissenschaften, Quellen- und Literaturkunde nach Breite, Genauigkeit und Qualität wohl alles in den Schatten stellt, was es an Vergleichbarem in der BRD gibt. Theoretische und methodologische Grundfragen behandeln die vorwiegend von P. Bollhagen verfaßten Kapitel „Grundlagen, Gegenstand und Aufgaben“ (S. 29–100) und „Forschungsmethoden der marxistischen Geschichtswissenschaft“ (S. 241–264). (Bollhagen führt die hier als Einführung formulierten Überlegungen, die weitgehend einen theoretisch-methodologischen Konsensus innerhalb der DDR-Historiographie wiederzugeben scheinen, in seiner Spezialuntersuchung „Soziologie und Geschichte“, Berlin 1966, fort.) Die beiden Kapitel klären das Verhältnis marxistisch-leninistischer Geschichtswissenschaft zum dialektischen und historischen Materialismus sowie zu den wichtigsten systematischen Nachbarwissenschaften; sie diskutieren Grundprobleme wie das Theorie-Praxis-Verhältnis, das Problem der „Parteilichkeit“, erkenntnistheoretische Voraussetzungen und die Unterteilungen des Faches Geschichte. Sie lassen die ideologisch-politischen Funktionen der DDR-Historik und deren weitreichende Abhängigkeit von außerscientifischen Instanzen, insbesondere den Beschlüssen der SED, in aller Offenheit erkennen, sie geben eine Zusammenfassung der „Logik historischer Forschung“ und machen in grober, aber damit handhabbarer Weise verständlich, was es mit den „historischen Gesetzen“ auf sich hat, nach deren Erkenntnis marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft strebt.

Klar zeigt sich, wie verbindlich und durchschlagend diese Geschichtswissenschaft in einigen Bestandteilen der Geschichtstheorien von Marx, Engels und Lenin verankert ist. Geschichte konstituiert sich nach diesem Verständnis in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, in gesellschaftlicher Arbeit. Grundlage des geschichtlichen Prozesses ist damit die sich historisch verändernde „materielle Produktion“, die durch ein wechselndes Spannungsverhältnis von Produktionsmitteln¹ und Produktionsverhältnissen² gekennzeichnet ist. Die „materielle Produktion“ prägt die historisch wechselnde Form der gesellschaftlichen, durch ihre Stellung in der Produktionssphäre definierten Klassen, deren in Revolution gipfelnde Auseinandersetzungen die Haupttriebkraft und den Hauptinhalt des historischen Prozesses ausmachen.

Als zentraler Bestandteil der sozioökonomischen Basis bestimmt sie auch die Gesamtheit der staatlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Momente (Überbau). Die Rolle der „Volksmassen“, seit Mitte des 19. Jahrhunderts die der Arbeiterklasse, ist innerhalb solchen Denkens als generell fortschrittlich und vorwärtsstrebend definiert. Diese primär aus einer Analyse der kapitalistischen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts (besonders Englands) gewonnenen Kategorien wurden teilweise bereits bei Marx und Engels, endgültig dann bei Lenin im Grundbegriff der „ökonomischen“ bzw. „sozialökonomischen Gesellschaftsformation“ systematisiert und als adäquates Instrumentarium zur Untersuchung aller Weltgeschichte verstanden, damit aber auch tendenziell enthistorisiert. Geschichte ist in diesem Denken eine klar strukturierte, aus ihren inneren Widersprüchen vorangetriebene, trotz Umwegen und Gegen Tendenzen fortschrittliche, „gesetzmäßige“, zielgerichtete, durch menschliches Handeln zu verwirklichende Bewegung, die zu steigender Beherrschung der Natur durch den Menschen, zur Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft und zur allseitigen Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten in der die siegreiche Revolution der Arbeiterklasse voraussetzenden, sich voll entfaltenden, klassenlosen kommunistischen Gesellschaft drängt. (Zu beachten ist, daß kein eindeutiges Ziel als inhaltlich vorgegeben und feststehend angenommen wird.)

Mit diesem geschichtsphilosophischen, letztlich aus der Hegelschen Identitätsphilosophie stammenden und materialistisch gewendeten Fortschrittsbegriff wird Geschichte mit der politischen Praxis der jeweiligen Gegenwart in besonderer Weise verklammert: Dieses Geschichtsbild verortet den heutigen etablierten Sozialismus und die in ihm Herrschenden auf dem bisherigen Höhepunkt des fortschrittlichen geschichtlichen Prozesses. Der Rückgriff auf die so interpretierte Geschichte wird damit zu einem wichtigen Instrument, mit Hilfe dessen das herrschende System und insbesondere die siegreiche Arbeiterklasse (d. h. konkret: ihre Repräsentanten, die Partei und letztlich deren Führung) ihre Interessen, Kämpfe, Siege und weitergehenden Ansprüche ideologisch als weltgeschichtliche Mission begründen und ihre Politik, Herrschaft und Entscheidungsmacht als im allgemeinen Interesse liegend legitimieren.

II. Diese Grundlinien finden sich auch in weiterführenden theoretischen Untersuchungen wie dem äußerst bemerkenswerten Buch von G. K l a u s und H. S c h u l z e. In überzeugender Polemik gegen die überholte Gegenüberstellung von „idiographischen“ und „nomothetischen“ Wissenschaften bestimmt es

die Geschichtswissenschaft als die komplizierteste aller Gesellschaftswissenschaften, die gegenüber den ihrerseits nicht unhistorischen systematischen Wissenschaften keine prinzipielle, sondern nur eine graduelle Besonderheit für sich beanspruchen kann. Überzeugend wirkt auch die Zurückweisung des häufigen Marxismus-kritischen Arguments, das dem Historischen Materialismus einen eschatologischen Endzielgedanken unterstellt (S. 123–34). In dem Versuch, Teile der marxistischen Geschichtstheorie mit Hilfe von Begriffen der Theorie kybernetischer Systeme neu zu formulieren (S. 135 ff.), bleiben jedoch jene angedeuteten Grundlinien voll erhalten und zwar ohne ihrerseits hinreichend begründet zu werden. Die Autoren sprechen etwa von der fortschrittlichen „Selbstausrichtung des gegebenen (historischen) Prozesses“, dessen Widersprüche aus sich heraus auf ihre Aufhebung in einem fortschrittlich-zielgerichteten Sinne hindrängen (S. 151 ff.), und zwar derart, daß die Untersuchung der gesellschaftlichen Wirklichkeit immer eindeutiger zur Bestimmung der Ziele ihrer weiteren Fortentwicklung dient, d. h. tendenziell – und an technokratische Entwürfe im Westen erinnernd – daß die Bestimmung politischer Zielvorstellungen aus der richtigen Analyse der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung (einschließlich der über sie hinausweisenden Tendenzen) hervorgeht (S. 155, 161 ff.); die Entwicklung der Produktivkräfte einer Gesellschaft gilt weiterhin als primäres, objektives Kriterium zur Messung gesellschaftlichen Fortschritts (S. 189 ff.), wobei – was für Marx und Lenin selbstverständlicher gewesen sein mag als in den Industrieländern der 1970er Jahre mit dem zunehmenden Bewußtsein für die Kosten und Gefahren des wirtschaftlich-technischen Fortschritts – die Entwicklung der Produktivkräfte problemlos als wichtigstes Moment in der durch sie stets geförderten allseitigen „Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur“ begriffen wird (S. 143 ff.); über die notwendig fortschrittliche und herausragende Rolle des Proletariats besteht auch für Klaus und Schulze kein Zweifel (S. 182 ff.).

Knapp und verbindlich formulierte zuletzt E n g e l b e r g (Periodisierung, bes. S. 1219–24) in einem Teil-Vorabdruck aus seinem angekündigten Buch „Probleme der Geschichtsmethodologie“ die Grundpositionen, von denen marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung auszugehen hat (und die im Vorgehenden umrissen wurden).

III. Innerhalb dieses durch häufig zitierte Klassikeraussagen abgesteckten Rahmens, der unter dem Einfluß der sich wandelnden politisch-ideologischen Gesamtsituation starrer oder flexibler interpretiert wer-

den kann, besteht ein breites Gebiet von nicht eindeutig festgelegten Aussagemöglichkeiten, von differierenden Fragestellungen und Interpretationsvarianten, von Akzentverschiebungen und Weiterentwicklungschancen, das der Einzelforschung erlaubt, der Verschiedenartigkeit der zu untersuchenden Gegenstände in hohem Maße gerecht zu werden und – in Grenzen – neue Wege zu beschreiten. Der Begriff und die Theorie der „sozialökonomischen Gesellschaftsformation“ – eine systematische Weiterentwicklung dessen, was häufig als Basis-Überbau-Schema bezeichnet wird – erlaubt es den historisch-materialistischen Historikern im Prinzip, die geschichtliche Entwicklung – z. B. Deutschlands von 1789–1848 – als Einheit zu begreifen, d. h. die verschiedensten historischen Phänomene, sei es aus dem Bereich der Wirtschaft, der Sozialstruktur, des Erziehungswesens, der außenpolitischen Entscheidungen, der Literatur, etc., in einem sozialökonomisch vermittelten Zusammenhang zu synthetisieren; er erlaubt weiterhin, die treibenden Kräfte der Entwicklung – insbesondere die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Klassenkampf, Volksmassen, etc. – im Prinzip und theoretisch zu identifizieren; er bietet die Basis für eine gesamtgeschichtliche, primär nach sozialökonomischen Kriterien unterteilende Periodisierung (Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus/Kommunismus – s. E c k e r m a n n / M o h r, S. 81–84 und zur Problematik: Engelberg, Periodisierung, S. 1125 ff.); er kann schließlich als Grundlage internationaler und intertemporaler Vergleiche dienen.

Zweifellos hält die marxistische Geschichtsschreibung mit diesem Begriff am Primat der sozialökonomischen Dimensionen fest; doch hindert das nicht, daß (besonders klar in dem Aufsatz von K ü t t l e r / L o z e k) die sozialökonomische Gesellschaftsformation als ein *Gesamtsystem* verstanden wird, das aus hierarchisch einander zugeordneten, sich wechselseitig beeinflussenden, *relativ autonomen Teilsystemen* (Ökonomie, Staat, Recht, Kunst usw.) besteht. Deren Verhältnis zueinander und zum Gesamtsystem gelte selbst während der Dauer *einer* Gesellschaftsformation und erst recht im Laufe des historischen Gesamtprozesses als in hohem Maße variabel. Der Übergang von einer Gesellschaftsformation zur anderen (etwa vom Feudalismus zum Kapitalismus) vollziehe sich zwar „gesetzmäßig“, aber inhaltlich von Land zu Land sehr verschieden, nach von vielen Faktoren abhängigen Entwicklungs- und Strukturtypen; in der konkreten Wirklichkeit eines Landes koexistieren zudem Elemente verschiedener Entwicklungsstufen in spannungsreichen, komplexen Konstellationen nebeneinander (gewissermaßen nach

dem Prinzip: „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“). Gegentendenzen, individuelle Ereignisse und „Zufälle“ modifizieren ständig die Durchsetzung der historischen „Gesetze“ in einer politisch und wissenschaftlich relevanten Weise. Mit einer derartigen flexiblen, heute in der DDR vorherrschenden Interpretation des gesellschafts- und geschichtswissenschaftlichen Grundbegriffes gelingt es prinzipiell, die Nicht-Deduzierbarkeit konkreter historischer Phänomene aus den allgemeinen Sätzen des Historischen Materialismus und der systematischen Wissenschaften stark zu betonen. Die konkrete Frage- und Untersuchungswürdigkeit historischer Phänomene und damit das eigene Recht empirisch-historischer, durch systematische Wissenschaften nicht ersetzbarer Geschichtswissenschaft wird dadurch deutlich unterstrichen, die Aufgabe historisch-empirischer Detailforschung abgesteckt und der Anreiz zur Abfassung von historischen Detailstudien unter Benutzung einer Vielzahl von Methoden geschaffen. Auch die weitgehende Diskutierbarkeit und Revidierbarkeit vieler konkreter Einzelheiten und Teilergebnisse wird durch eine solche, stark auf variierende Wechselverhältnisse und konkrete historische Vielfalt abstellende Interpretation von „sozialökonomischer Gesellschaftsformation“ gesichert – allerdings nur innerhalb jenes oben skizzierten Rahmens. Wenn der Begriff und die Theorie der sozialökonomischen Gesellschaftsformation die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung auf die sozialökonomische Geschichtsinterpretation festlegen, so erlaubt es diese flexible Interpretation des Begriffs, daß die konkrete Einzelforschung staatliche oder ideologische Prozesse in ihrer relativen Eigenständigkeit erfassen und sich im Prinzip vor einem platten Ökonomismus und Determinismus hüten kann – wiederum innerhalb der skizzierten Grenzen.

IV. Fragt man nach den Merkmalen der gegenwärtigen marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, die sie am klarsten von einem liberal-demokratischen, „bürgerlichen“ Begriff von Geschichtswissenschaft trennen, so ist das wohl nicht ihre in der Praxis äußerst dehnbare Festlegung auf eine sozialökonomische Interpretation der Gesamtgeschichte per se, wenn diese auch in der DDR mit monopolistischem Anspruch und politisch-institutioneller Absicherung in Erscheinung tritt. Auch nicht die Überzeugung von der Praxis- und Gegenwartsbezogenheit jeder Geschichtswissenschaft als solche trennt die Marxisten-Leninisten von den „bürgerlichen“ Historikern, obwohl unter diesen das auch im Marxismus-Leninismus nicht ganz fehlende historische, anti-präsentistische Interesse an der Geschichte zumeist stärker betont wird; auch die Einsicht in die notwendige

Situations- und Interessengebundenheit, in die Wertbezogenheit und damit „Parteilichkeit“ jeder Geschichtsinterpretation, die Unmöglichkeit einer nicht-perspektivischen, unhistorischen „Objektivität“ teilen viele „bürgerliche“ Historiker mit den Marxisten-Leninisten –, wenn sie auch in der Regel stärker als diese der eigenen Aussagekraft der Quellen einerseits und der informierten Diskussion der Fachgenossen andererseits zutrauen, die aus der Situationsgebundenheit der Forscher resultierenden Interpretationsvarianten innerhalb gewisser Grenzen zu halten, bzw. den Unterschied zwischen legitimem Interpretationspluralismus einerseits und unhaltbaren, falschen, verzerrten, unangemessenen Interpretationen andererseits mit wissenschaftsimmanenten Mitteln jeweils neu abstecken zu können.

Auf der Ebene des theoretischen Selbstverständnisses hinsichtlich ihrer Grundprinzipien und Ansprüche, z. T. aber auch in der forschungspraktischen Einlösung, unterscheiden sich marxistisch-leninistischer und liberal-demokratischer Wissenschaftsbegriff vielmehr vor allem in folgenden Hinsichten:

1. So sehr „Praxis“ auch *außerhalb* des Bereichs des institutionalisierten Historischen Materialismus als Ausgangspunkt der Erkenntnis und als ein Kriterium der Wahrheit neben den Kriterien fungiert, die im Untersuchungsgegenstand selbst liegen, so sehr bleibt die historisch veränderliche Interpretation dessen, was Praxis bedeutet und erfordert, hier Sache des einzelnen Wissenschaftlers, wenn auch gesellschaftliche und wissenschaftsinstitutionelle Zwänge seine Freiheit bis zu einem gewissen Grade und mit großen Unterschieden von Fall zu Fall und von Land zu Land real beschränken mögen. Die Interpretation der jeweiligen Praxis und der von dieser stammenden Anforderungen an die Historiker monopolisieren dagegen im marxistisch-leninistischen System außerwissenschaftliche, politische, zentrale Instanzen in relativ homogener Weise, wobei der sehr begrenzte Einfluß seitens der Historiker lediglich über zentrale, nicht öffentliche, für die Masse der Fachgenossen relativ schwer durchschaubare Kanäle möglich ist. Dieser Zusammenhang kann mit dem Prinzip der Gleichsetzung von sozialistischer „Parteilichkeit“ und „Objektivität“ gerechtfertigt werden, das seinerseits aus jenen skizzierten geschichtstheoretischen Prämissen gefolgert werden kann, die die sozialistisch bzw. kommunistisch interpretierten Interessen der Arbeiterklasse mit dem historischen Fortschritt schlechthin gleichsetzen (Eckermann/Mohr, S. 31-42, bes. S. 40 f.).

2. Eben diese (wie andere) grundsätzlichen Prämissen und Bestandteile des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes sind – dem Selbstverständnis nach – der Kritik und der Revidierbarkeit durch die wissenschaftliche Diskussion entzogen und bestenfalls (bis

zu einem gewissen Grad) durch langwierige Akzentverschiebungen zu verändern, in denen politischen Instanzen eine führende Rolle zukommt. Demgegenüber ist es ein zentrales Postulat im „bürgerlichen“ Wissenschaftsverständnis, daß die Diskussion der Fachgenossen bzw. der Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Revision anfänglicher Standpunkte und bisher gehaltener wissenschaftlicher Ergebnisse führen kann; diese auch radikale Revisionsmöglichkeit muß von den Teilnehmern des wissenschaftlichen Prozesses – sozusagen als Teilnahmebedingung – voll zugestanden werden.

3. Es gehört zu den Forderungen – wenn auch oft genug nicht zur Realität – jedes „bürgerlichen“ Wissenschaftsbegriffs, die Pluralität verschiedener Fragestellungen, Theorien, Methoden und Argumente im Interesse wissenschaftlichen Fortschritts zu fordern. Historiker außerhalb des marxistisch-leninistischen Bereichs haben meist eine relativ große Wahlfreiheit bei der Anwendung verschiedener Theorien, Modelle und Begriffe. Sie können – im Idealfall in herrschaftsfreier Diskussion und Kritik miteinander konkurrierend und einander ergänzend – verschiedenartige Ansätze zur Erforschung desselben Gegenstandes oder Problems erproben und zu konkurrierenden, wenn auch meist nicht völlig kontroversen, jeweils partiellen sowie ergänzungs- und revisionsfähigen Ergebnissen gelangen. Dieser auf fachöffentliche, unbehinderte Diskussion angewiesene Pluralismus der Ansätze und Methoden setzt nicht nur ein hohes Maß an Liberalität in Gesellschaft, Politik und Wissenschaftsorganisation sowie ein Minimum an Konsensus über Begriff und Arbeitsweise von Wissenschaft, sondern auch ein zwar nicht notwendig nominalistisches, doch flexibles Verständnis vom Verhältnis zwischen Erkenntnisgegenstand und Erkenntnis voraus. Diesem zufolge schreibt die zu erkennende historische Wirklichkeit dem Forscher die Begriffe, Modelle und Theorien ihrer Erforschung nicht eindeutig vor, sondern läßt ihm einen allerdings begrenzten Freiraum der Ansatzwahl und Begriffsbildung. Historische Erkenntnis ist danach immer selektiv und vollzieht sich unter variierenden (wenn auch nicht beliebigen) Gesichtspunkten, die von den Wertungen und Interessen der einzelnen Forscher und ihrer Bezugsgruppen mitbestimmt sind. Demgegenüber erscheint – und das ist für die meisten „bürgerlichen“ Historiker nicht akzeptabel – „dem“ Marxisten-Leninisten die Geschichte als ein gesetzmäßiger Prozeß, der von dem auf Seiten des Fortschritts, d. h. aber heute: auf Seiten des siegreichen Sozialismus stehenden Forscher unter Anleitung der marxistisch-leninistischen Theorie in diesen seinen eindeutigen Strukturen erkannt werden kann. Die angemessenen Gesichtspunkte und Begriffe des

historisch-wissenschaftlichen Erkennens sind in diesem Verständnis zugleich die herrschenden Elemente der zu untersuchenden Wirklichkeit. Die Bandbreite möglicher Ansätze und Ergebnisse wird durch einen solchen Wirklichkeitsbegriff sowie die ziemlich eindeutige politische Verortung und Kontrolle der Forscher beschnitten. Die im Westen dominierende Beschäftigung mit Modellen und Typen erscheint von diesem Standpunkt aus als subjektivistische oder agnostizistische Ablenkung von den eigentlichen Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses, bzw. als provokative Infragestellung des marxistisch-leninistischen Geschichts- und Selbstverständnisses und wird dementsprechend scharf bekämpft (Küttler/Lozek, S. 1131–1142).

4. Tendenziell fordert das „bürgerlich“-liberale Wissenschaftsverständnis vom einzelnen Historiker – als Konsequenz der offenzuhaltenden Revidierbarkeit der Ergebnisse –, die Wahl des eigenen Standpunktes, der eigenen Fragestellung und Interpretation in einer Weise vorzunehmen, die nicht zu einer völligen Ignorierung, Unzugänglich-Machung, Verketterung oder Vernichtung der nicht gewählten Interpretationsmöglichkeiten führen darf, was ebenso Konsequenzen etwa für die Behandlung der nicht ins eigene Konzept passenden Quellen hat wie für die Haltung gegenüber dem wissenschaftlichen Kontrahenten. Demgegenüber neigen marxistisch-leninistische Historiker dazu, die mit ihren Auffassungen nicht übereinstimmenden Interpretationen und Interpretationen als „klassenfeindlich“ zu qualifizieren und zu bekämpfen und den Klassenstandpunkt offen, resolut und exklusiv zu betonen (z. B. bei W. Schmidt und in „Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung“).

5. Für die meisten Nicht-Marxisten-Leninisten ist das in der Regel breite Spektrum verschiedener Ansätze und Positionen in der wissenschaftlichen Diskussion nicht oder nur gewaltsam mit Hilfe eines dualistischen Schemas (hier proletarisch-fortschrittliche, dort bürgerlich-klassenfeindliche Historiker) zu interpretieren: zum einen, weil die Vielfalt der gesellschaftlichen Konflikte und Unterschiede in der Regel nicht hinreichend in einem dichotomischen Klassenmodell zu erfassen ist, zum anderen, weil die Klassen-, Interessen- und Herrschaftsstruktur der nicht-sozialistischen Gesellschaft sich keineswegs bruchlos auf die Ebene der wissenschaftlichen Diskussion verlängert und diese keineswegs total determiniert. Demgegenüber geht das marxistisch-leninistische Wissenschaftsverständnis von der Wirklichkeit einer dichotomischen Klassenstruktur – z. T. auf internationale Ebene transponiert – aus und begreift die gesellschaftliche, klassenmäßige Gebundenheit der Wissenschaft und der Wissenschaftler als rigoros und lückenlos genug, um ausscherende oder vermit-

telnde wissenschaftliche Positionen im Grunde auszuschließen.

6. Indem marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft – aufgrund ihrer kanonisierten geschichtsphilosophischen Prämissen – den heutigen etablierten Sozialismus auf dem bisherigen Höhepunkt der geschichtlichen Bewegung verortet und damit dazu beiträgt, die Politik und Entscheidungsmacht der in ihm Herrschenden zu legitimieren, legitimiert sie zugleich deren Kompetenz, die Interpretation der Geschichte und damit die Geschichtswissenschaft selbst wenigstens in ihren politisch relevanten Grundaussagen zu kontrollieren. Historische Erkenntnis im institutionell abgesicherten Rahmen historisch-materialistischer Geschichtsphilosophie legitimiert somit ihre eigene politische Indienstnahme. Ohne die geschichtsphilosophische, transempirischen Voraussetzungen der Marxisten-Leninisten zu teilen und in der Regel ohne einer ähnlich machtvollen Institutionalisierung von Ideologie ausgesetzt zu sein, erscheint den meisten „bürgerlichen“ Historikern *solche* Verklammerung von Geschichtswissenschaft, Geschichtsphilosophie und Praxis als zirkulär, quasi-theologisch und inakzeptabel.

7. Während in der BRD eine kontroverse Diskussion über die Funktionen der Geschichtswissenschaft abläuft und deren kritische Funktionen zunehmend in den Vordergrund gerückt werden, obliegt es den ostdeutschen Historikern vor allem, „sozialistische Ideologie zu bilden, sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln und somit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Stabilität des sozialistischen Gesellschaftssystems zu leisten“; sie sollen der Bevölkerung die für weitere Anstrengungen wichtige, „geschichtsoptimistische“ Überzeugung vermitteln, zu den „Siegern der Geschichte“ zu gehören und „mit der Geschichte im Bunde zu sein“; Historiker sollen die Notwendigkeit des vollständigen Sieges des Sozialismus in der Zukunft beweisen; sie haben den Nachwachsenden die nicht mehr unmittelbare Erfahrung des Klassenkampfes zu ersetzen, ihre patriotische Verbundenheit zu stärken sowie die ideologischen Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind offensiv zu führen (W. Schmidt, S. 149, 151, 156; als Beispiel dieser offensiven Auseinandersetzung mit dem „Klassenfeind“, d. h. der westdeutschen Geschichtsschreibung: „Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung“). In bezug auf ihre Gesellschafts- und Staatsordnung ist der Geschichtswissenschaft in der DDR damit eine klar definierte, inhaltlich weitgehend bestimmte, bedeutsame affirmative, stabilisierende und integrative Funktion zugewiesen, aus der ihre gesellschaftliche Hochschätzung, ihre reichhaltige Ausstattung, ihr wachsendes Selbstbewußtsein, ihre Politisierung, Parteilichkeit und weitgehende Gleichschaltung zu erklären sind.

Anmerkungen:

¹ Darunter ist zu verstehen die „Gesamtheit der Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände, mit denen der Mensch im Produktionsprozeß materielle Güter und produktive Leistungen erzeugt“ (Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde. Berlin 1969/70, Bd. 2, S. 297).

² Unter Produktionsverhältnissen ist die „Gesamtheit der objektiven Verhältnisse zwischen den Menschen im Prozeß der Produktion, des Austausches und der Verteilung der materiellen Güter“ zu verstehen (ebd.).

Weiterführende Literatur:

C. Bobinska: Historiker und historische Wahrheit. Berlin 1967.

P. Bollhagen: Soziologie und Geschichte. Berlin 1966.

C. Burrichter (Hrsg.): Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR. Hamburg 1970, S. 93–136.

E. Engelberg: Über Theorie und Methode in der Geschichtswissenschaft. In: Ders.: Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Köln 1972, S. 11–31.

E. Förtsch: Geschichtswissenschaft. In: *H. Lades, J. Kocka:* Theorieprobleme der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in West und Ost. In: *H.-U. Wehler*, (Hrsg.): Geschichte und Soziologie. Köln, Berlin 1972, S. 305–330. (= NWB 53)

ders.: Jüngere marxistische Sozialgeschichte, besonders in der DDR. In: *P. C. Ludz* (Hrsg.): Soziologie und Sozialgeschichte (= Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), 1972.

Th. Nipperdey: Die Reformation als Problem der marxistischen Geschichtswissenschaft. In: *D. Geyer* (Hrsg.): Wissenschaft in kommunistischen Ländern. Tübingen 1967, S. 228–258. Jürgen Kocka